

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 382. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 17. August 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Nagusa, 16. August. Zweitausend Aufständische aus der Suttorina und Zubzi bereiten einen Angriff auf Trebinje und Cicero vor. Die Türken haben drei griechische Klöster und mehrere Mühlen zerstört. Montenegriner und Aufständische aus der Gegend oberhalb Rischich sind bis Tassinia vorgerückt, und haben alles unterwegs vorgefundene Vieh weggenommen.

Konstantinopel, 14. August. Dermisch Pascha, Gesandter in Petersburg, wurde zum Director des Gewerwesens und der Forstdirection ernannt. Mehmet Djemil Bey versieht die Dienste des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Die Herausgabe zweier neuer Journale in griechischer Sprache wurde bewilligt.

Ein afghanischer Häuptling ist mit Gefolge aus Kandahar hier eingetroffen. Für die beabsichtigte Genie- und Artillerie-Schule sollen französische Offiziere berufen werden. Die moldo-wallachische Gesandtschaft wurde vom Sultan noch nicht empfangen.

Konstantinopel, 15. August. Das Gouvernement, welches in den Finanzreformen fortdauernd thätig ist, ist mit den Vorbereitungen zur Errichtung einer Nationalbank beschäftigt. — Omer Pascha, der sich noch in Moskau befindet, ist unwohl.

Smirna, 9. August. Eine neunstündige Feuersbrunst verhehrte am 6. d. M. im türkischen Stadttheile gegen 700 Häuser.

Preußen.

Berlin, 16. Aug. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Die Wahl des Lehrers Großfeld zu Münster zum Direktor des Gymnasiums in Rheine zu bestätigen. Der Schichtmeister der königlichen Friedrichshütte bei Tarnowitz, Friedrich Liebeneiner, ist zum Hüttenmeister und Factor ernannt. Der bisherige propädeutische Seminar-Hilfs- und Taubstummen-Lehrer Schöne zu Am Schullehrer-Seminar zu Braunsberg ist definitiv angestellt worden.

[Patent.] Der Ingenieur Em. Langen auf Friedrich-Wilhelms-Hütte bei Siegburg ist unter dem 12. August 1861 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Auffangen der Gase auf der Sichte der Hohöfen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, ohne Jemand in der Verübung besagter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. (St.-M.)

[Vom Hofe.] Die Abreise Sr. Maj. des Königs nach Ostende ist, wie aus Baden-Baden gemeldet wird, abermals verschoben worden; dieselbe wird erst nächsten Montag erfolgen. Der König seht seine Kur mit gutem Erfolge fort und promenirt sehr fleißig von frühem Morgen bis zum späten Abend, theils allein, theils in Begleitung der Königin oder einiger Herren aus seinem Gefolge. Auch nimmt Se. Majestät nicht selten mitten unter den promenirenden Platz an einem der vor den Bouteiquen stehenden kleinen Tische. Sollte, was sehr wahrscheinlich ist, S. Maj. die Königin noch länger hier verweilen, so würde der König später nochmals hierher zurückkehren und das Geburtsfest der Königin (20. Septbr.) hier im Familienkreise feiern. (Nach einer heute Morgen aus Ostende hier eingegangenen Nachricht würde Se. Maj. der König zum Sonntag Früh dort erwartet. Se. Maj. der König der Belgier trifft danach heute dort ein. Se. k. H. der Großherzog von Baden ist bereits am Mittwoch angekommen.) — Se. k. H. der Kronprinz wird am Dinstag von Höchstseiner Reise nach England wieder hier eintreffen. — Der Minister v. Bethmann ist gestern in Begleitung des Geh. Regierungsrathes Pinder in Köln eingetroffen und hat dem dortigen Künstlerfeste beigewohnt.

**** Berlin, 16. Aug.** [Pakke. — Fest der Stadt Braun-
[schweig.] Wie verlautet, sagt der „Publicist“, ist die Vorunter-
suchung gegen den Polizeioberst Pakke geschlossen und es
sollen die Acten zur Formirung des Antrages auf Verweisung des An-
geklagten in den Anklagestand bei der Staatsanwaltschaft sich befinden.
Die Untersuchung soll bei weitem nicht alle die belassenden Momente
ergeben haben, von welchen so viel gesprochen worden ist, und im
Ganzen sind es nur einige Punkte, wegen deren eine Anklage wird er-
hoben werden können. Jedenfalls läßt sich jetzt die baldige Beendigung
der Sache voraussehen, und es dürfte die Verhandlung vor dem Schwur-
gericht im Oktober erfolgen. — Zu der am 19., 20. und 21. August
stattfindenden Feier des tausendjährigen Bestehens der Stadt Braun-
schweig wird auch eine Deputation der hiesigen städtischen Behörden
sich begeben und eine Adresse dieser dort überreichen; auch werden am
Sonntage Extrazüge zu ermäßigten Fahrpreisen nach Braunschweig
gehen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 14. August. [Vom Bundesstag.] Nach den Berichten über die schlesisch-holsteinische Angelegenheit (vergl. gestr. Mittags-Blatt) ist nur noch die Beschwärde zu erwägen, welche ein Einwohner von Luxemburg gegen die dortige Festungsbehörde wegen angeblicher Verletzung der ihm als Hauseigentümer zustehenden Rechte bei der Bundesversammlung eingebracht hatte. Nach Ausweis des Vortrages des Ausschusses ergab sich die Beschwärde als unbegründet; doch gestattete die Lage der Sache eine bedingte Gewährung des zunächst von dem Petenten dargelegten Wunsches, und wurden die hierauf, sowie auf eine gütliche Beilegung der ganzen Differenz gerichteten Anträge des Ausschusses zum Beschluß erhoben. — Von der Reklamationskommission wurde über zwei an die Bundesversammlung gelangte Privatangaben gutachtlich berichtet. In der ersten derselben war die Bundesversammlung um ihre Vertretung bei der königl. dänischen Vertheilung der schlesisch-holsteinischen Regierung angegangen, damit diese vermocht werde, die bezüglich holsteinischen Anträge des Ausschusses zum Beschluß erhoben. — Von der Regierung des Herzogthums Holsteins in den Jahren 1848/50 an- genommenen Anleihen anzuerkennen. Da die drei Petenten in ihrer Eingabe ihre Betheiligung an diesen Anleihen oder ihr sonstiges Interesse an deren Anerkennung nicht begründet und nachgewiesen hatten, so konnte eine weitere Erwägung ihres Gesuchs nicht eintreten, und wurden dieselben nach Antrag der Reklamationskommission wegen nicht nachgewiesener Legitimation zur Sache abgewiesen. Die andere Eingabe betraf das Gesuch um Auf- hebung der das militärische Fach einschlagenden neuen Erfindung. Auch diesem Gesuche konnte nach Lage der Sache nicht entsprochen werden, und wurde der die Ablehnung des Gesuchs empfehlende Antrag der Commission sofort zum Beschluß erhoben. — Seitens des für Errichtung eines Bundesgerichts niedergelegten Ausschusses wurde über die Frage: ob und wie weit die Her- beiführung einer gemeinsamen Civil- und Criminalgesetzgebung für die deut- schen Bundesstaaten wünschenswerth und ausführbar sei, eingehender Vor- trag erstattet. Auf Antrag der Regierungen von Baiern, Königreich Sach- sen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Nassau, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Mecklenburg-Strelitz war nämlich dem gedachten Ausschusse aufgegeben worden, sich über jene Frage gutachtlich zu äußern. Der Auschuß ist in seinem Gutachten zu dem Resultat gelangt, daß die allmähliche Herbeiführung einer gemeinsamen Civil- und Criminalgesetzgebung für Deutschland allerdings wünschenswerth sei, jedoch die hierauf zu richtenden Bestrebungen zunächst auf einige Theile des Civilrechts, nämlich auf das Obligationenrecht und auf das gerichtliche Ver- fahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, zu beschränken seien. Der Aus- schuß hat zugleich den Weg begutachtet, auf welchem seiner Ansicht nach das von ihm als wünschenswerth und ausführbar bezeichnete Ziel angestrebt werden solle. Derselbe empfiehlt in seiner Mehrheit, daß im Allgemeinen

dasselbe Verfahren eingehalten werde, welches bei der Ausarbeitung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs beobachtet worden ist, und demgemäß in derselben Mehrheit den folgenden Antrag gestellt: „Hoch Bundesversammlung wolle beschließen: 1) die allmähliche Herbeiführung einer gemeinsamen Civil- und Criminalgesetzgebung für Deutschland sei allerdings wünschenswerth, jedoch seien die hierauf zu richtenden Bestrebungen zunächst auf einige Theile des Civilrechtes, und auf das gerichtliche Verfahren bürgerlichen Rechtsstretigkeiten zu beschränken; 2) zunächst eine Commission zur Ausarbeitung und Vorlage des Entwurfs einer allgemeinen Civilproceß-Ordnung für die deutschen Bundesstaaten in Hannover niederzulassen; 3) ferner eine Commission zur Ausarbeitung und Vorlage des Entwurfs eines allgemeinen Gesetzes über die Rechtsgeschäfte und Schuldverhältnisse (Obligationenrecht) für die deutschen Bundesstaaten mit dem Sitze in Dresden in Aussicht zu nehmen; 4) an die höchsten und hohen Regierungen, welche geneigt wären, zu diesen Commissionen auf ihre Kosten Rechtsgelehrte abzuordnen, durch Vermittelung der Herren Bundestagsgesandten das Ansuchen zu stellen, hiervon in Zeit von sechs Wochen Mittheilung machen, und sich zugleich über den ihnen genehmen Zeitpunkt des Zusammentritts der einen oder andern dieser Commissionen ausprechen zu wollen.“ Ein Mitglied des Ausschusses hat Bedenken getragen, sich den Ausführungen des Mehrheitsgutachtens im Allgemeinen anzuschließen, und dessen Anträge einzutreten. Dasselbe ist in Beantwortung der vorgelegten Frage: ob und inwieweit die Herbeiführung einer gemeinsamen Civil- und Criminalgesetzgebung wünschenswerth und ausführbar sei? mit der Mehrheit darüber vollkommen einverstanden, daß eine Ausgleichung der Verschiedenheiten der Gesetzgebungen in Deutschland ein erheuliches und wünschenswerthes Ereigniß sein würde, und stimmt auch den dargelegten Ansichten bei, in welchen Theilen des Rechts und der Rechtspflege eine Einigung am meisten dem Bedürfnisse entspreche, beziehungsweise den geringsten Schwierigkeiten begegnen würde. Dagegen scheint dem betreffenden Mitgliede der in Vorschlag gebrachte Weg zur Anbahnung und Herstellung einer allgemeinen oder theilweisen Rechtsgleichheit für die deutschen Staaten nicht mit Aussicht auf Erfolg betreten werden zu können. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes wurde beschlossen, daß über die Ausführanträge erst in drei Monaten abgestimmt werden solle. — Schließlich wurde in Gemäßheit der Bestimmung der Geschäftsordnung, nach welcher die Vertagung der Bundesversammlung in der Regel innerhalb der Monate Juli bis October stattzufinden hat, diese Vertagung bis Ende October d. J. beschlossen, wobei jedoch zugleich Rücksicht darauf genommen wurde, daß nach Lit. b. des § 39 der Geschäftsordnung nöthigenfalls eine frühere Einberufung der Bundestagsgesandten veranlaßt werden, und sonach auch die Wiedereröffnung der Sitzungen vor dem besagten Zeitpunkt erfolgen kann.

Österreich.

Wien, 16. Augst. [Den Nachrichten über die Audienz der Präsidenten der beiden Häuser des ungarischen Landtags,] die wir gestern veröffentlicht, fügen wir heute noch einige interessante Einzelheiten hinzu. Sr. Maj. der Kaiser trug bei dieser Gelegenheit wieder die Husaren-Uniform; die ungarischen Herren, welche bei der Audienz erschienen, waren in ungarischem Nationalcostüme. Graf Apponyi nahm als Sprecher das Wort und sagte: „Indem die landtäglich versammelten Stände und Volksvertreter Ungarns das allergnädigste Reskript Euerer Majestät beantwortend, in eine Auseinandersetzung des Rechtes und der staatlichen Beziehungen des Landes eingingen, thaten sie dies, geleitet von ihrer Ueberzeugung von den heiligen Pflichten gegen das Vaterland und von der schuldigen Ehrfurcht für die allerhöchste Person Euerer Majestät, und sie hätten diesem Gefühle wohllich nicht entsprochen, wenn sie gegenüber der Aufforderung Euerer Majestät, sich im Namen der Nation zu äußern, die Wünsche, Gefühle und Anschauungen des Landes nicht mit aller Aufrichtigkeit und schuldigen Treue zum Ausdruck gebracht hätten.“ Hierauf überreichte Herr Koloman v. Giczey Sr. Majestät die Adresse, indem er dabei in kurzen Worten seiner Ehrfurcht vor dem Monarchen Ausdruck gab. Der Kaiser gab in ungarischer Sprache die lakonische Erwiderung, die wir gestern mitgetheilt haben.

Was die Entschließungen der Regierung betrifft, so dürften dieselben in der Ministerkonferenz gefaßt worden sein, welche am Sonnabend Nachmittag stattfand. Daß beschlossen worden, den ungarischen Landtag auszulösen, ist nicht zu bezweifeln. Zwar wollen einige hiesige Blätter wissen, im Schoße des Ministerrathes herrsche noch Meinungsverschiedenheit, indem der ungarische Hofkanzler den Vorschlag der Landtagsauflösung bekämpfe und zu einem letzten Versuche rathe, um auf dem Wege der Unterhandlung den Conflict mit dem pesther Landtag auszugleichen. Die Auflösung kann jedenfalls als nahe bevorstehend betrachtet werden. Das Rescript, durch welches der ungarische Landtag für aufgelöst erklärt wird, dürfte schon in den nächsten Tagen erscheinen und darauf ein kaiserliches Manifest an die Völker Oesterreichs folgen.

Es ist wohl denkbar, daß auch in diesem Augenblicke noch Hebel angefaßt werden, um die Regierung zu bewegen, die Transactionen, welche der pesther Landtag abgebrochen, ihrerseits wieder anzuknüpfen und fortzuspinnen. Verschiedene Stellen der Adresse werden zu diesem Zwecke in gezwungener Deutung und mit schönfärbender Interpretation als Anhaltspunkte für weitere Negotiationen bezeichnet. Aber es heißt sicherlich der gegenwärtigen Regierung zu viel zumuthen, wenn ihr nahe gelegt wird, sie solle nach der Ueberreichung dieser Adresse beghiebtentlich in Pesth antklopfen und um einen Ausgleich bitten. So groß auch die Schwierigkeiten sind, welche der Widerstand der Ungarn dem Ausbau der Reichsverfassung in allen ihren Theilen entgegenwirft, wir haben Grund, mit Zuversicht zu erwarten, daß es der Reichsregierung und dem Reichsrathe in verfassungsmäßigem Zusammenwirken gelingen wird, dieselben zu besiegen und das österreichische Kaiserreich in den Bahnen des constitutionellen Staatslebens, wie sie in der Februar = Verfassung vorgezeichnet sind, zu erhalten und weiter zu führen. (??) (Dstd. V.)

Italien.

Rom, 10. Aug. [Goyon und Merode. — Adresse an den König von Preußen.] Die Polizei ließ sechs junge Leute und einen Tabakshändler bei S. Salvatore in Lauro verhaften, weil sie die auf den Napolomstag angelegte Demonstration mit allzu viel herausfordernder Reckheit organisirten. Doch gehen Goyon's Prohibitions-Maßregeln mit denen der römischen Polizei auch diesmal zusammen, weshalb die Nationalisten wieder voll von seiner bevorstehenden Abberufung reden und reden lassen. Diese aber ist, wie ich Ihnen als zuverlässig versichern kann, eben so fern, als die Zurückziehung der französischen Occupations-Truppen, obgleich piemontesische Blätter sie in nahe Aussicht stellen. — Marquis de Cadore wird außer den regelmäßigen Audienzen häufig vom heiligen Vater empfangen, und man weiß, daß seine Mittheilungen neuesten Datums, wenigstens für den Augenblick, von beruhigender Wirkung auf das von Sorgen erfüllte Gemüth Sr. Heiligkeit waren. — Die Differenz zwischen dem General Goyon und dem Kriegs-Minister, Mgr. Merode, ist von der Presse mit manchem Phantasiestückchen bereichert worden; doch besteht sie. Es handelte sich um die Bestra-

fung eines päpstlichen Soldaten, der einen französischen erschlag, von dem er allerdings zur That aufgereizt worden war. Goyon ließ ihn mit Gewalt aus dem römischen Militär-Gefängnisse bei Santa Anna herausholen, was Merode für eine flagrante Verletzung seiner Competenz erklärte und darauf in einer Unterredung mit Goyon sehr ausfällig wurde. Merode ist ein Mann von weichem Gemüth, doch heftig und leidenschaftlich. Er hat nicht Unrecht, obwohl ich weiß, daß der Papst wünscht, er wäre aus Rücksicht auf die Lage der hiesigen Verhältnisse und des Friedens halber nicht so weit vorgegangen. — Eine mir sehr glaubwürdige Privat-Mittheilung aus Neapel spricht von 85 während der letzten zwei Wochen in und um Neapel vorgekommenen Mordthaten und Fußladen. Zwischen Cancellò und Nola feuerten die Insurgenten 40 Flintenschüsse auf einen Eisenbahn-Zug ab, welcher eine Abtheilung mobilisirter Nationalgarden beförderte. — Director P. v. Cornelius hatte bisher über sein im Palast Poli zurückgelassenes Haus-Mobiliar nichts entschieden. Die näheren Freunde, welche seine große Anhänglichkeit an Rom kennen, vermutheten, es solle für seine baldige Rückkehr aufbewahrt bleiben. Doch gestern ward es öffentlich versteigert. — Heute ging von hier lebenden Deutschen an den König von Preußen eine Adresse ab, welche das badener Attentat als einen einzeln dastehenden Akt des Frevels bezeichnen und Sr. Majestät die besten Wünsche für künftiges Heil ausspricht. (R. 3.)

[In Neapel] sind nicht nur die Feste Sant Elmo und dell'Uovo gegen einen Handfrevh der Royalisten in Vertheiligungszustand gesetzt worden, sondern man hat auch für gut gefunden, im könlgl. Palaste Feldgeschütze aufzustellen und eine zahlreiche Wachtmannschaft in denselben zu legen. — Am 5. August, Nachts — so schreibt man der „Allg. Ztg.“ — wurde die Garnison von Neapel durch den Generalmarsch plötzlich unter die Waffen gerufen, und mußte bis gegen Morgen an den Sammelplätzen bleiben. Cialdini selbst hielt zu Pferd bis nach Mitternacht bei den Bataillonen und der Artillerie vor dem Schloß, ritt aber dann nach dem Hafen und ließ sich nach einem auf der Rhede liegenden Kriegsschiff hinübersetzen. In dieser Nacht dieselben großartigen Vorsichtsmaßregeln. Sie sind, wie man sagt, durch eine Depesche aus Civitavecchia, welche die Einschiffung von 400 als Garibaldianer gekleideten päpstlichen Juaven anzeigt, und zugleich einen von den königl. lichen, die bei Cancellio lagern, beabsichtigten Angriff hervorgerufen worden. Da es sich ziemlich deutlich herausgestellt hat, daß der Aufstand in den Provinzen zu keiner Entscheidung führen kann, so ist wohl zu erwarten, daß die Königl. lichen früher oder später einen Handfrevh auf Neapel versuchen werden. In Malta, Marseille, Civitavecchia und namentlich in Neapel selbst bereiten sie denselben seit langer Zeit schon vor. Daß er gelingt, ist bei der Wachsamkeit, die Cialdini entfaltet, kaum wahrscheinlich; er wird die neapolitanischen Annalen nur um einen blutigen Tag bereichern und Tausende von geheimen Anhängern des Königs kompromittiren. Der Aufstand in den Provinzen fängt übrigens an, seinen verderblichen Einfluß jetzt auch auf die Hauptstadt auszuüben. Trotz der guten Ernte, der besten, deren man sich seit 30 Jahren erinnert, fangen die Getreidepreise an, da weite Feldstrecken mit ihrem reichen Ertrag von den Aufständischen verwüstet und niedergebrannt wurden, in die Höhe zu gehen, und der seit drei Jahren schon der politischen Verhältnisse wegen schlecht gehende Handel von Neapel empfindet bitter das Ausbleiben der aus den Provinzen fälligen Zahlungen. Die Vollendung der begonnenen Eisenbahnbauten bietet eine zwar entfernte, aber doch die einzige Hoffnung, daß der hiesige Verkehr jemals seine frühere Höhe wieder erreichen wird.“

Schweiz.

Interlaken, 12. Aug. [Unglücksfall.] Es ist leider schon wieder ein Unglücksfall aus den Alpen zu berichten. Zwei Herren und zwei Damen wollten diesen Nachmittag den unteren Gletscher in Grindelwald besuchen. Als sie auf einem schmalen Steg über die Lütisjöhnen setzten, ergriff eine der Damen der Schwindel und sie stürzte in den reißenden Strom. Trotz schnell herbeigeleiteter Hilfe konnte sie nur todt aus dem Wasser gezogen werden. Wenn wir recht berichtet sind, war die Dame ebenfalls eine Französin, welche, wie vor zehn Tagen das Opfer auf der Gemmi, einen so plötzlichen Tod in unseren Gebirgen fand.

F r a n k r e i c h.

8 Paris, 14. August. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute die gestern bei Einweihung des Boulevards Malesherbes vom Seine-Präfekten gehaltene Rede, sowie die Antwort des Kaisers, welcher letztere überdies dem Publikum noch gestern mittelst Anschlags mitgetheilt wurde. (S. dieselbe im heutigen Morgenblatt unserer Zeitung.) In seiner Rede hebt Herr Baron v. Hausmann hervor, daß der Plan des Boulevards Malesherbes schon von Napoleon I. aus dem Jahre 1808 her rührt und daß, wenn man nun, um diese kaiserliche Idee auszuführen, 17 schöne Häuser (der Seine-Präfekt hätte sagen können, 17 prächtige Paläste, wie z. B. den des Herzogs von Braunschweig u.) einreißen mußte, dies nicht Schuld der jetzigen Municipalität sei, sondern der Nebeln, welche mit Ausführung des Boulevards so lange zögerten. Hierauf folgen neue Variationen über das alte Thema, daß in Paris mehr gebaut als eingerissen wird. Die 1853 begonnenen großen Arbeiten erforderten 2494 Demolitionen, während 17,821 Häuser neu gebaut oder umgebaut wurden. Sehr bemerkt wurde der Ausfall auf die adeligen Hausbesitzer und auf die Presse. „Als — sagt der Seine-Präfekt — durch die Eröffnung der Rivoli-Straße und des Boulevards Sebastopol die Interessen der Industrie und handeltreibenden Bevölkerung tief gestört werden mußten, ertrug sie, im Hinblick auf den allgemeinen Nutzen, mit Respect und ohne eitles Murren, die schwierige Vertreibung; als wir aber in diesem Jahre nur die Gewohnheiten der vom Glück begünstigten stören mußten, da hatten wir unerhörte Angriffe zu ertragen, — daß aber diese Klagen ein leidenschaftliches Ego selbst bei jenen fanden, welche sich Liberale par excellence nennen, das ist eine Thatsache, welche die systematische Opposition gegen alle Maßnahmen der Behörde, kaum erklären kann. Auf den kostspieligen Terrains längs der großen Straßen werden allerdings (wie dies behauptet wird) nur Wohnungen für die Reichen gebaut, dies ist aber nicht überall der Fall. Unglücklicherweise aber weiß man es nicht, weil jene, welche die öffentliche Meinung machen, sprechen oder schreiben, eben so wenig wie die Vornehmen, in die für die unbemittelten Klassen bestimmten Stadtviertel kommen.“ Endlich macht der Seine-Präfet Statistiq à la façon, indem er aus den Steuerlisten nachweist, daß seit 1860 die Wohnungen sich vermehrten um 671 zwischen 1500 Franken Mieths und darüber; um 330 von 1000 bis 1500 Franken, um 1030 zwischen 500 und 1000 Franken; um 5270 von 250 bis

